

Die Linke im Visier. Zur Errichtung der Konzentrationslager 1933. 14. Dachauer Symposium zur Zeitgeschichte

Veranstalter: Große Kreisstadt Dachau; Sybille Steinbacher, Universität Wien; Nikolaus Wachsmann, Birkbeck, University of London; Max Mannheimer Studienzentrum Dachau
Datum, Ort: 18.10.2013-19.10.2013, Dachau
Bericht von: Andre Scharf, München

Die Linke im Visier: Anlässlich des 80. Jahrestages der Eröffnung des KZ Dachau nahm das 14. Dachauer Symposium die Verfolgungsgeschichte und den Lageralltag von Kommunisten, Sozialisten und Sozialdemokraten in den frühen nationalsozialistischen Konzentrationslagern, aber auch die gesellschaftspolitische Funktion jener frühen Lager in den Blick. Die Projektleitung hatte Sybille Steinbacher (Universität Wien). Die wissenschaftliche Leitung übernahm Nikolaus Wachsmann (Birkbeck, University of London). Die leitenden Fragestellungen der Vorträge und Diskussionen waren: Welche Rolle spielte die Arbeiterbewegung am Ende der Weimarer Demokratie? In welchem Zusammenhang stand ihre 1933 eingeleitete gewaltsame Verfolgung mit bereits länger wirksamen Vorbehalten gegen sie? Welchen politischen Stellenwert hatte Gewalt? Welchen Effekt hatte die Schaffung der Konzentrationslager auf die Verfolgung der Linken? Zeitlich konzentrierten sich die Vorträge auf die späten Jahre der Weimarer Republik (WR) bis zur frühen NS-Zeit 1933/1934; zur Sprache kamen aber auch Nachwirkungen in der frühen Bundesrepublik.

NIKOLAUS WACHSMANN (London) zeichnete nach, wie es dem NS-Regime Anfang 1933 gelang, mit gezielter Gewalt die Strukturen der Arbeiterbewegung zu zerschlagen. Antimarxismus und Gewaltmaßnahmen gegen Linke waren nicht nur ideologisch begründet, sondern auch als Wahlversprechen von nachhaltiger Bedeutung. In weiten Teilen des Bürgertums fand das Vorgehen gegen die Linke Zustimmung. Entscheidend für die spätere Systematisierung des Terrors in den Lagern sei weniger ein machstrategisches Kalkül gewesen, als vielmehr die gemeinsame Erfahrung der

Gewaltanwendung. Der Terror gegen die Arbeiterbewegung geschah öffentlich und hatte zahlreiche Zeugen. Verfolgung und Terror waren noch keine unbefristeten Konzepte. Der Entwicklung hin zu einem auf dauerhafte Inhaftierung angelegten KZ-System ging die Forderung Himmlers nach einer „präventiven Bekämpfung des Kommunismus“ voraus, mit der er sich im Zuge seines Aufstiegs in der NS-Hierarchie durchsetzte. Das Narrativ über die KZ im geteilten und im wiedervereinigten Deutschland habe einige Parameterverschiebungen erlebt. Die Verfolgung der Linken sei dabei aus dem Blick geraten. Es gelte, so Wachsmann, diese wieder stärker in den wissenschaftlichen Diskurs zu bringen.

Wie hat die Arbeiterbewegung auf die Machtübernahme der Nationalsozialisten reagiert? Kann überhaupt von „der Arbeiterbewegung“ als „Aktionseinheit“ die Rede sein? Diesen Fragen ging MICHAEL SCHNEIDER (Bonn) nach. Für die Arbeiterbewegung sei der Wahlerfolg der NSDAP die „bitterste Niederlage (...) in ihrer Geschichte“ gewesen. Sowohl die politischen Lager der Linken als auch die Gewerkschaften waren tief gespalten. Der Verzicht auf den Generalstreik war, so Schneider, angesichts der Kräfteverhältnisse und der eintretenden Resignation eine rationale Entscheidung; von der Entfesselung von Gewalt und Terror des NS-Regimes während der folgenden Jahre konnte man noch nichts wissen. Daraus folgte der Referent, dass die Politik der Linken „alternativlos“ gewesen sei.

RICHARD BESSEL (York) beschäftigte sich mit der Rolle der Gewalt in der nationalsozialistischen Politik am Ende der WR und bei der Etablierung des NS-Staates. Gewaltaktionen gingen vor allem von der SA aus. Ab August 1932 trat die SA in Preußen eine Terrorwelle los, deren Gewalt durch drei Merkmale gekennzeichnet war: Sie wurde von der politischen Führung der NSDAP toleriert, aber nicht gesteuert. Sie war das Produkt einer sozialen Bewegung junger Männer, die die ständige Konfrontation mit politischen Gegnern suchte. Sie wurde außerdem nicht durch linke Kampfgruppen begrenzt, sondern durch schnelle und entschlossene staatliche Intervention. Nach der Machtübernahme über-

nahmen SA-Männer auch die Rolle offizieller Staatsvertreter. So verhinderten sie in Zusammenarbeit mit der Polizei Proteste, initiierten die Verfolgung linker Akteure und schufen ein Milieu, indem der entfesselte Terror vor allem, aber nicht nur gegen die Linke möglich wurde. Die SA und die von ihr etablierte Gewaltkultur spielte somit eine zentrale Rolle bei der Konsolidierung des NS-Staates.

IRENE VON GÖTZ (Berlin) beschrieb ein engmaschiges Netz nationalsozialistischer Terrorerrichtungen im „roten Berlin“ nach der Machtübernahme, deren primäre Ziele die Machtsicherung und die Ausschaltung politischer Gegner waren. Das geschah durch „gezielte Verordnungen, Gesetzeserlasse und Bestimmungen“ sowie durch Terror. So machtpolitisch bedeutsam die Reichshauptstadt für die Nationalsozialisten war, so gering fiel der Rückhalt für sie in der Berliner Bevölkerung aus. Da ihr Ziel die „Eroberung“ von Berlin war, so von Götz, schuf die NSDAP eine flächendeckende Landschaft von Folterstätten in der Stadt. Der rasante Ausbau des Terrornetzes in Berlin sei durch die effektive, dynamische und kleinteilige Struktur der Berliner SA möglich gewesen. Die SA-Leute kannten die Linken vor Ort und hatten schon vor 1933 Listen über sie geführt. Daher, so von Götz, darf der Terror in Berlin im Frühjahr 1933 nicht als „wilder und unorganisierter, von der Basis ausgehender Ausbruch von Gewalt missverstanden werden“. Das Vorgehen war im Gegenteil „flächendeckend, wirkungsvoll und nachhaltig“ organisiert.

Mit Blick auf die frühe SS im KZ Dachau, die ab Mai 1933 die Aufsicht über das Lager übernahm, plädierte CHRISTOPHER DILLON (London) für die Auflösung des Dualismus von situativen (Milieu) und ideologischen („Weltanschauung“) historiographischen Erklärungsmodellen von Täterschaft. Stattdessen solle ein komplementärer Ansatz der Analyse und Beurteilung verfolgt werden. Dem situativen Ansatz zufolge sei die Entfesselung der Gewalt, durch „ganz normale Leute“ auf den sozialen Kontext und die institutionelle Kultur zurückzuführen. Nach der These von Wolfgang Sofsky stehe absolute Macht hingegen im Konnex mit ideologischen Motiven. Zurecht verwies Dillon darauf, dass sich die Mitglieder der frühen Wachmann-

schaften bei der SS beworben und somit ihren Dienst freiwillig getan hätten. Der situative Ansatz greife auch deshalb zu kurz, weil er die unterschiedliche Ausprägung der Gewalt gegenüber verschiedenen Häftlingsgruppen, vor allem Juden, nicht berücksichtige. Ideologie sei als Erklärung für die Gewalt der Wachmannschaften in der jüngsten Vergangenheit der dominierende Ansatz gewesen. So würde der situative Ansatz etwa den Aspekt der Rache an den politischen Gegnern als möglichen Katalysator der Gewalt ausblenden. Andererseits würden einzelne Fälle von Hilfeleistungen für Gefangene, aber auch Beispiele von persönlicher Vorteilsnahme unter den SS-Männern das Bild der rein ideologisch-motivierten „Weltanschauungskrieger“ brechen.

Anhand der Untersuchungsakten der Münchner Staatsanwaltschaft zu den ersten Morden im KZ Dachau beschrieb BARBARA DISTEL (München) die Strategien der SS, das Lager in einen rechtsfreien Raum zu verwandeln. Sie zeigte anhand der Biographien der Justizbeamten Karl Wintersberger und Josef Hartinger, dass kritische Berufsauffassung nicht zwangsläufig einen Karrierebruch im NS-Staat zur Folge hatte. Die Häufung der Todesfälle in Dachau in den Wochen, nachdem die SS die Bewachung übernommen hatte, führte zu Ermittlungen durch die Münchner Staatsanwaltschaft. Obduktionen zeigten, dass die meisten von der SS angegebenen Todesursachen forensisch nicht belegbar waren. Weiteres Vorgehen der Staatsanwälte wurde in der Folge auf höchster politischer Ebene behindert. Trotz der eindeutigen Beweislage kam es nicht zur Anklageerhebung. Der juristische Druck führte aber dazu, dass Hilmar Wackerle als Kommandant abgesetzt wurde. Trotz ihrer Intervention setzten Wintersberger und Hartinger ihre Karrieren bis 1945 und danach erfolgreich fort.

Das Verhältnis zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten im KZ Dachau untersuchte DIRK RIEDEL (Dachau). Im Juni 1933 wurden erstmals Sozialdemokraten in großer Zahl nach Dachau verschleppt und trafen dort auf Kommunisten, die bereits seit mehreren Wochen inhaftiert waren. Die SS versuchte die Konfrontation zwischen den Gruppen zu provozieren. Es kam jedoch zu kei-

ner Gewalt der kommunistischen Mehrheit gegenüber Sozialdemokraten, sehr wohl aber zu Beleidigungen. Riedel bezweifelt, dass die Spannungen durch die Provokationen der Lagerleitung verursacht wurden. Sie seien vielmehr die Folge politischer Rivalität gewesen. Gleichzeitig dokumentierten frühe Häftlingsberichte aber auch Solidaritätshandlungen zwischen Mitgliedern beider Gruppen. Besonders Funktionshäftlinge hatten Möglichkeiten, Einfluss zu nehmen. Riedel verwies zurecht darauf, dass Privilegien und Befugnisse stets von der Lagerleitung angeordnet wurden. Kapos, 1933 fast ausschließlich Kommunisten, besaßen überdies anfangs weitaus weniger Macht als später. Daher plädierte Riedel für einen differenzierten Blick, der bei der Diskussion um die Rolle der Kapos den Bezug zur Chronologie der Geschichte des Lagers wahrt und darauf verzichtet, die Häftlinge ausschließlich entsprechend ihrer Parteizugehörigkeit zu bewerten.

KIM WÜNSCHMANN (Jerusalem) stellte fest, dass der Anteil jüdischer Mordopfer im ersten Jahr des KZ Dachau überproportional hoch war: 40 Prozent. Der Anteil jüdischer Häftlinge an der Gesamtzahl der im Lager inhaftierten Männer lag indes nur bei 5 Prozent. Anders als das NS-Klischee von der „jüdisch-bolschewistischen Verschwörung“ suggerierte, gab es zur Zeit der WR und zu Beginn des NS-Regimes in Bayern keine jüdischen Führungskräfte in der Arbeiterbewegung. Auch in den Selbstdarstellungen der Mehrheit der frühen jüdischen Häftlinge spielte politischer Aktivismus keine Rolle. Die Mehrheit der deutschen Juden verortete sich vielmehr im liberalen oder im konservativen Spektrum. Wünschmann konnte anhand von Quellen nachweisen, dass die Lagerleitung an präzisen Angaben zur politischen Aktivität interessiert war. An diesem Zusammenhang verdeutlichte sie auch das Problem der „Täterquellen“. Denn Akten von Polizei- und Justizbehörden seien insofern irreführend als sie zu der Annahme führen, alle frühen Häftlinge seien politisch aktiv gewesen. Dies stehe aber im Widerspruch zu den Selbstdarstellungen der Häftlinge und müsse durch aufwendige biographische Recherche ergänzt werden. Mit der Vorstellung der Biographien von 19 eindeutig als Mitglieder oder Sympathi-

santen von KPD und SPD identifizierten jüdischen Häftlingen verdeutlichte Wünschmann den Antisemitismus der Lager-SS. Elf dieser Männer wurden ermordet. Die Todesrate unter den jüdischen politischen Gefangenen war somit die mit Abstand höchste.

PAUL MOORE (Leicester) stellte fest, dass der historiographische Fokus auf das Konzept der „Volksgemeinschaft“ sowie Voluntarismus als Erklärungsmodelle für die gesellschaftliche Akzeptanz der Konzentrationslager im Frühjahr 1933 nicht genügen. Sie würden den Aspekt der Klassenzugehörigkeit und somit die Vielfalt im Meinungsspektrum innerhalb der Arbeiterklasse und des Bürgertums vernachlässigen. Die nationalsozialistische Propaganda habe bestehende politische und gesellschaftliche Ressentiments genutzt und versucht, nicht nur die politischen Akteure – KPD gegen SPD – , sondern auch ihre internen Hierarchieebenen – beispielsweise die in Deutschland verfolgte Parteibasis der SPD gegen die im Exil befindliche Parteiprominenz – gegeneinander auszuspielen und Klassenressentiments zu schüren. Klassenunterschiede, so Moore, wirkten für die Bevölkerung in der Rezeption der Lager vor Beginn des Zweiten Weltkrieges sinnstiftend. Befürwortung der Konzentrationslager fand klassenübergreifend, aber aus einem unterschiedlichen Verständnis heraus statt. Entscheidend war das Fehlen jeglicher Empathie für Menschen mit einem abweichenden Erfahrung- und Wertehorizont.

Der Fall des Chemnitzer Kriminalamtschefs Albrecht Böhme, von DANIEL SIEMENS (London) vorgestellt, verweist auf Bruchstellen im Bild der Polizei als reinem Repressionsinstrument im Jahr 1933. Siemens zeichnete ein vielschichtiges Bild von Böhme, der einerseits ein überzeugter Nationalsozialist und als Mitglied in NSDAP und SS, konform mit der NS-Ideologie war, andererseits aber auch als selbsternannter „Rechtsfanatiker“ wirkte und unnachgiebig der SA-Gewalt entgegentrat. Böhme kritisierte die Mordaktionen an Juden und Arbeitern an höchster Stelle und konnte trotz dieses persönlichen Risikos seine Karriere fortführen. Auch nach 1945 verstand er es, seine Rolle als Verteidiger der „Rechtsstaatlichkeit“ im NS-Staat zu betonen und nach kurzer Unterbrechung wieder

in den Polizeidienst zu gelangen.

Nach einem historischen Abriss zum Wirken des Internationalen Suchdienst des Roten Kreuzes (ITS) skizzierte REBECCA BOEHLING (Arolsen) den Aktenbestand des ITS anhand einiger Dokumente und schilderte die Schwierigkeiten bei der Erschließung der vorhandenen Bestände. Mit Blick auf die frühen Konzentrationslager stellte sie Fallbeispiele vor. Große Hoffnungen weckte sie mit dem Versprechen, das Archiv des ITS in breiterem Maße für die historische Forschung zu öffnen.

GABRIELE HAMMERMANN (Dachau) beschrieb die Zusammenhänge, die dazu führten, dass die frühen kommunistischen Dachauhäftlinge aus dem westdeutschen Erinnerungsnarrativ bis in die 1990er-Jahre so gut wie ausgeschlossen blieben. Von Seiten der deutschen Mehrheitsgesellschaft wurden sie nach 1945 weiterhin als kriminell stigmatisiert, wohl auch, da sie die Verantwortung der deutschen Bevölkerung für die Geschehnisse in der NS-Zeit anmahnten, während diese am eigenen Opfermythos arbeitete. Unmittelbar nach Kriegsende noch äußerst präsent, gerieten Kommunisten schnell ins gesellschaftliche Abseits. Der Unvereinbarkeitsbeschluss der SPD von 1948, wonach Parteimitglieder nicht auch der kommunistisch-dominierten Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN) angehören durften, isolierte Kommunisten auch in den Gedenkdiskursen. Das Verbot der KPD 1956 bedeutete für viele ehemalige Häftlinge staatliche Repressionen und den „erneuten Weg in die Illegalität“. Auch die VVN wurde in der Folge polizeilich überwacht. Dass der Kommunist und Dachau-Überlebende Otto Kohlhofer trotz der Repressalien die Errichtung der Gedenkstätte mitgestalten konnte, sei seiner Bekanntschaft mit Alois Hundhammer zu verdanken gewesen. Auch Hundhammer, Gründungsmitglied der CSU und stellvertretender Bayerischer Ministerpräsident, war Überlebender des KZ Dachau.

In der Abschlussdiskussion wurden zentrale Ergebnisse der Tagung anhand von drei Leitfragen diskutiert: Welche Funktion hatte der Terror gegen die Linke? Wie kann die Geschichtsschreibung die Vielfalt der NS-Gewalt konzeptionell greifen und be-

schreiben? Warum sind Verfolgung und Terror der NS-Frühphase in der historiographischen Beschreibung der NS-Verbrechen unterrepräsentiert? Das bereits in den Beiträgen gezeichnete vielschichtige Bild der Funktion des Terrors gegen die Arbeiterbewegung wurde in der Podiumsdiskussion erweitert. Für BERND WEISBROD (Berlin) war der Ausschluss der SPD vor dem Hintergrund zeitgenössisch-bürgerlicher Ängste vor einer „Rückkehr zu Weimarer Verhältnissen“, die „Grundvoraussetzung für die Akzeptanz der Gewalttätigkeit“. Ein Wendepunkt sei der „Röhmputsch“ gewesen. Die Hinrichtung von 200 Menschen, die weder Kommunisten, noch Sozialdemokraten oder Juden waren, habe sämtliche gängigen moralischen Kategorien zerstört. SYBILLE STEINBACHER (Wien) verwies auf die erfolgreichen Anstrengungen der NS-Propaganda, die Arbeiterschaft relativ schnell zu integrieren. Solche Anstrengungen fanden zeitlich parallel zur Verfolgung der Linken statt; sie führten im Ergebnis zu einer „Entsolidarisierung“ der Betroffenen mit der traditionellen „Arbeiterbewegung“. Dies sei auch als Hinweis auf die Nachwirkungen des „Traumas von 1918“ und als wahrnehmbare Angst vor möglichen „Revolutionsszenarien“ zu verstehen.

Obwohl das Symposium ein breit erforschtes Feld behandelte, schafften es die Referent/innen durch detailreiche Vorträge und neue Forschungsansätze ein differenziertes Bild der Situation im Jahr 1933 zu zeichnen. Wiederholt wurde auf die schwierige Quellenlage, aber auch auf Lücken im Forschungsstand verwiesen. Dies stärkte die von Nikolaus Wachsmann eingangs formulierte Forderung nach einer Fokussierung der historischen Forschung auf die frühe Verfolgung der Linken.

Konferenzübersicht:

Begrüßung

Peter Bürgel (Oberbürgermeister der Stadt Dachau)

Nina Ritz (Max Mannheimer Studienzentrum Dachau)

Sybille Steinbacher (Universität Wien)

Einführung:

Nikolaus Wachsmann (London), Terror gegen

Links: Das NS-Regime und die frühen Lager

I.

Moderation: Nikolaus Wachsmann

Michael Schneider (Bonn), Verfolgt, unterdrückt und aus dem Land getrieben: Die Arbeiterbewegung im Frühjahr 1933

Richard Bessel (York), Anfänge eines Terrorregimes: Die Rolle der Gewalt der SA

Irene von Götz (Berlin), Die Errichtung der Konzentrationslager in Berlin 1933: Wirkung und Folgen für die politische Linke

II.

Moderation: Nikolaus Wachsmann

Christopher Dillon (London), The Early SS Violence in Dachau: Situation or Vendetta?

Barbara Distel (München), Staatlicher Terror und Zivilcourage: Die ersten Morde im Konzentrationslager Dachau

III.

Moderation: Nikolaus Wachsmann

Dirk Riedel (Dachau), „Bruderkämpfe“ im KZ Dachau: Das Verhältnis zwischen sozialdemokratischen und kommunistischen Häftlingen

Kim Wünschmann (Jerusalem), Jüdische politische Häftlinge im frühen Konzentrationslager Dachau: Zur Zementierung eines antisemitischen Feindbildes

IV.

Moderation: Sybille Steinbacher (Wien)

Paul Moore (Leicester), „Noch nicht mal zu Bismarcks Zeiten“: German Popular Opinion and Terror Against the Left

Daniel Siemens (London), Gewaltaktionen der SA und die Polizei: der Fall des Chemnitzer Kriminalchefs Albrecht Böhme 1933/34

V.

Moderation: Sybille Steinbacher

Rebecca Boehling (Arolsen), Ein unentdecktes Archiv: Der International Tracing Service (ITS) und die frühen Konzentrationslager

Gabriele Hammermann (Dachau), Marginalisierte Erinnerung: Zum Umgang mit der Geschichte der frühen politischen Häftlinge

VI.

Moderation: Nikolaus Wachsmann

Podiumsdiskussion mit Richard Bessel, Rebecca Boehling, Bernd Weisbrod (Berlin) und Sybille Steinbacher

Tagungsbericht *Die Linke im Visier. Zur Errichtung der Konzentrationslager 1933. 14. Dachauer Symposium zur Zeitgeschichte. 18.10.2013-19.10.2013, Dachau*, in: H-Soz-u-Kult 05.03.2014.